

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Helga Grix

Ratsfrau Regina Meinen

Ratsfrau Elfriede Meyer

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

für Ratsherrn Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix

Frau Helga Kruse

Frau Marion Jacobs

Frau Marion Oelrichs-Brinkmann

für Herrn Norbert Haarmeyer

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer

Stadtangestellter Eckhard Kühl

Herr Abdou Ouedraogo

Herr Carsten Schubert

Frau Ingrid van Schwarzenberg

Frau Elfriede Wilts

Von der Verwaltung

Stadtamtsrat Richard Lucht

Stadtangestellter Wilhelm Berends

Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Herr Thorsten Hecht, VHS Emden Mediationsbüro

Frau Claudia Kowalewski, VHS Emden Mediationsbüro

Frau Bettina Preisner, VHS Emden Mediationsbüro

Frau Rita Schneider, Berat.Stelle bei Gewalt an Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen

2 Vertreter der örtlichen Presse

4 Zuschauer

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnungen werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.04.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.04.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es liegen keine Fragen vor.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1782-00
Ausbaustufen Tagesbetreuungsausbaugesetz

Herr Sprengelmeyer führt aus, schon mehrmals sei über Tagesbetreuungsausbaugesetz gesprochen worden. Heute gehe es darum, die Ausbaustufen zu beschließen. In Emden könne der Bedarf zurzeit nicht gedeckt werden.

Herr Sprengelmeyer erläutert die Ziele des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Die Verwaltung habe festgestellt, dass die Stadt Emden nicht über ein bedarfsgerechtes Angebot und auch nicht über bedarfsgerechte Betreuungszeiten verfüge. Auch gäbe es für den Bereich der Tagespflege kein qualifiziertes Konzept. Gleichwohl schneide die Stadt Emden im westlichen Vergleich relativ gut ab. Er schlägt vor, heute zu beschließen, dass diese Ausbaustufen in Anspruch genommen würden und bis zum 01.10.2010 eine Umsetzung herbeigeführt werde.

Herr Kühl erläutert, die Stadt Emden könne mit dem momentanen Angebot für bestimmte Betreuungszeiten bzw. für den individuellen Bedarf mancher Eltern nicht vorhalten. Für jeden öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestehe jedoch die Möglichkeit, Übergangsregelungen in Anspruch zu nehmen und diesen Ausbau in den kommenden Jahren voranzutreiben. Dazu würden jedes Jahr neue Beschlüsse gefasst werden müssen.

Die Stadt Emden sei aufgefordert, jedes Jahr einen planerischen Vorschlag anzufertigen und einen Umsetzungsvorschlag zu machen, wie sie dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung für Kinder unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter nach § 24 Tagesbetreuungsausbaugesetz nachkommen wolle.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Er weist darauf hin, dass die Stadt Emden den Rechtsanspruch für die Plätze der 3 bis 6-jährigen Kinder erfülle. Dieser Anspruch beziehe sich jedoch nur auf einen vierstündigen Platz in einer Vormittagsgruppe. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass eine Anzahl der Plätze mit verlängerter Zeit und auch mit Ganztagsplätzen vorgehalten würden. Des weiteren gäbe es in einigen Kindergärten sogenannte altersübergreifende Gruppen, so dass im Moment 109 Kinder unter drei in den Emdener Einrichtungen betreut würden. Dass diese Anzahl nicht ausreiche, sei in der Vorlage dargestellt worden. Aus diesem Grunde könne der gesetzliche Anspruch zurzeit nicht erfüllt werden. Daher bitte er, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, um in den nächsten fünf Jahren ein Programm zu erarbeiten, so dass im Jahr 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot für diese Altersgruppen vorgelegt werden könnte.

Herr Kühl weist darauf hin, dass bis zum Sommer für vier Einrichtungen Umbau- und Umplanungsmaßnahmen veranlasst worden seien. Er erklärt die einzelnen Schritte, die für das kommende Kindergartenjahr in die Wege geleitet worden seien. Damit sei zwar noch nicht das Ziel erreicht, man könne dadurch jedoch ab dem 01.08.2005 122 Plätze vorhalten. Zum 15.03.2006 werde dem Ausschuss ein Maßnahmenplan vorgelegt werden, der die Schritte für das kommende Kindergartenjahr beinhalte.

Frau E. Meyer fragt an, ob es richtig sei, dass im Paulus-Kindergarten ein Sprachfördererraum als Ruheraum genutzt werde und ob die Situation sich nach dem Umbau entschärfen würde.

Herr Kühl entgegnet, der Sprachförderungsraum werde nun zu einem Krippengruppenraum dazugeschlagen. Im Gegenzug habe man einen anderen Bereich, der im Moment als Cafeteria genutzt werde, zu einem Kleingruppenraum umfunktioniert, wo auch die Sprachförderung stattfinden könne. In diesem Kindergarten habe man allerdings noch ein weiteres Problem. Die Küche sei abgängig und zu klein. Bisher sei noch keine endgültige Lösung zu einem bezahlbaren Preis gefunden worden.

Herr Groeneveld erkundigt sich, ob es finanzielle oder personelle Gründe seien, die gegen die momentane Einrichtung der Krippenplätze sprechen würden.

Herr Renken zweifelt an, dass bis zum Jahre 2010 die Anforderungen des Gesetzes erfüllt werden können. Er weist darauf hin, dass der Städtetag veröffentlicht habe, dass in Westdeutschland mittlerweile der Schnitt an Ganztagsplätzen bei 25 % läge. In Emden habe man nur 10 %. Er fragt an, wie die Verwaltung den genauen Bedarf ermitteln würde. Außerdem erkundigt er sich, ob die von der Bundesregierung zugesagten 1 Mio. € für die Kinderbetreuung in Emden auch tatsächlich zielgerecht eingesetzt würden.

Herr Kühl antwortet, man könne selbstverständlich damit anfangen, zusätzliche Einrichtungen zu bauen oder anzumieten. Jedoch sei mit Umstrukturierung gemeint, Plätze oder Räumlichkeiten in bestehenden Kindergärten anders zu nutzen. Im Moment bestünden jedoch in den vorhandenen Einrichtungen nicht mehr Möglichkeiten, noch zusätzliche Plätze zu schaffen. Für eine Errichtung eines neuen Kindergartens werde Geld benötigt, zudem müsse ein neuer Träger gesucht werden und neue Mitarbeiter eingestellt werden. Außerdem stehe nur ein begrenztes Budget in Höhe von 2,735 Mio. € für den Zuschuss an freie Träger zur Verfügung. Man sollte jedoch auch bedenken, dass im Rahmen des demographischen Wandels sich die Kinderzahlen in Emden auch ändern werden. Daher werde man in den kommenden Jahren zunehmend mehr Möglichkeiten haben, solche Umstrukturierungsmöglichkeiten weiterzuführen.

Auf die Frage, wie der Bedarf ermittelt werde, erklärt Herr Kühl, für eine Altersgruppe, die im Moment noch nicht geboren sei, sei dieses sehr aufwendig. Auch müsse berücksichtigt werden, ob diese Eltern überhaupt einen Platz in Anspruch nehmen würden.

Herr Sprengelmeyer fügt hinzu, bezüglich der Finanzierung müsse der zugesagte Betrag für die Kinderbetreuung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beachtet werden.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Herr Groeneveld stellt fest, dass im Hinblick auf die demographische Entwicklung viele Kindergärten sich darum sorgten, ob sie überhaupt in fünf Jahren noch existierten.

Herr Dr. Beisser bittet um Auskunft, welcher Weg für die Eltern zur Kinderkrippe zumutbar wäre.

Herr Renken teilt mit, es sei in Gesprächen mit dem Paulus-Kindergarten der Wunsch geäußert worden, ein Ganztagsangebot vorzuhalten. Gerade in diesem sozialen Brennpunkt habe dieses noch eine andere Funktion als Aufbewahrung.

Er bittet um Erläuterung, warum das ergänzende Angebot an Tagespflege in Emden zurzeit kaum genutzt werde und qualitativ entwickelt werden müsse.

Herr Sprengelmeyer erklärt, es werde auch mit dem Familienservice zusammengearbeitet. Aber es bedarf hier insbesondere der Qualifizierung des Personals noch Handlungsbedarf. Bisher sei dieses noch nicht bedacht worden. Der Gesetzgeber sei zurzeit noch dabei, im Rahmen der Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen Rahmen zu setzen, weil noch nicht geklärt sei, wie sich das zwischen privater nachbarschaftlich freundschaftlicher Familientagespflege und professioneller Tagespflege verhalte und wie die Entgelte zu bewerten seien.

Herr Kühl bemerkt, im Moment sei es so, dass Eltern, die einen Krippenplatz beanspruchen, auch relativ weite Wege auf sich nehmen würden. Zwei Einrichtungen lägen relativ zentral in der Stadt. Es sei das Ziel, auch in den anderen Stadtteilen Plätze anzubieten, um möglichst viele Altersgruppen zu versorgen.

Beschluss: Das Jugendamt der Stadt Emden stellt fest, dass das Förderangebot für Kinder unter 3 Jahren und im schulpflichtigen Alter § 24 Abs. 2-5 SGB VIII zur Zeit nicht gewährleistet werden kann.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt daher gemäß § 24 a SGB VIII, dass diese Verpflichtung erst ab einem späteren Zeitpunkt, spätestens ab dem 01.10.2010 erfüllt wird.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/1787-00
Vertrag mit dem Studentenwerk Oldenburg über die Betriebsführung der Kinderkrippe Constantia

Herr Kühl erklärt, das Studentenwerk betreibe seit fünf Jahren die Kinderkrippe an der Fachhochschule, die sich sehr gut etabliert habe. Leider seien dort die Räumlichkeiten relativ eingeschränkt, so dass man mit dem jetzt geplanten Umbau eine Verbesserung erzielen möchte. Zum einen werde ein Garderobenbereich geschaffen, der außerhalb des Gruppenraumes liege, und zum anderen werde ein Ruheraum entstehen. Außerdem würden zusätzliche Abstellmöglichkeiten geschaffen, um auch die Räume etwas zu entlasten.

Er führt weiter aus, im Hinblick auf die Umbaumaßnahme werde vorgeschlagen, den Betriebsführungsvertrag mit dieser Kinderkrippe für weitere fünf Jahre zu verlängern. Anschließend verlängere sich der Vertrag jährlich. Für die Stadt Emden sei dieses eine außerordentlich günstige Einrichtung, da sich das Studentenwerk mit nahezu der Hälfte der Kosten an der Betriebsführung beteilige.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Beschluss: Dem Vertrag mit dem Studentenwerk Oldenburg über die weitere Betriebsführung der Kinderkrippe Constantia wird gemäß Vertragstext, der der Vorlage 14/1787-00 als Anlage beigefügt ist, zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 7 Vorlage 14/1783-00
Ziele 2006 des Fachbereiches 600

Herr Sprengelmeyer erklärt, aufgrund der finanziellen Situation und im Hinblick auf die zu führenden Haushaltskonsolidierungsgespräche nach den Sommerferien sei die Situation zum einen für die Stadt Emden zurzeit sehr problematisch. Zum anderen befinde man sich in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation. So habe Herr Engels in der letzten GSO-Ausschusssitzung auf die Auswirkungen der demographischen Entwicklung hingewiesen. Bereits jetzt könne festgestellt werden, dass sich die Umbruchsituation durch Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Verlust von Erziehungskompetenzen in Familien, sinkendes Bildungsniveau und desolate Staatskassen auswirke. In dieser Situation der knappen Finanzen einerseits und der perspektivischen Entwicklung der Stadt Emden andererseits sei eine Auseinandersetzung mit den kurzfristigen und langfristigen Zielen um so wichtiger. Dieses habe der Fachbereich 600 in seiner Zielbeschreibung 2006 mit aufgenommen.

Herr Sprengelmeyer erläutert die anhand eines Workshops konkret herausgearbeiteten Ziele und fasst zusammen, dass er die Jugendhilfeplanung zu einem echten Steuerungselement entwickeln und langfristig alle Planungsbereiche der Stadt zu einer gesamtstädtischen Stadtentwicklungsplanung zusammenfassen möchte.

Er führt weiter aus, vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung werde sich ein Verteilungskampf bezüglich der Ansiedlung neuer Arbeitsstätten und den Zuzug von jungen Familien und Arbeitnehmern zwischen den Regionen und den Städten entwickeln. Kultur, Sport und Freizeitangebote, Familienfreundlichen und ein ausgeprägtes Bildungsangebot würde dabei als Standortfaktoren eine wichtige Rolle spielen. Vor dem Hintergrund des riesigen Finanzlochs müssten Rat und Verwaltung alle Leistungen auf den Prüfstand stellen und entscheiden, welche Leistungen vorgehalten werden sollten. Es müsse auch überlegt werden, was man sich leisten wolle und könne, um nicht unweigerlich die Perspektiven kaputt zu machen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/1784-00
Sachstandsbericht Täter-Opfer-Ausgleich

Herr Hecht stellt zunächst sich und seine beiden Kolleginnen, Frau Claudia Kowalewski und Frau Bettina Preisner vor. Anschließend erläutert er, wie es zu dem Mediationsbüro des Täter-Opfer-Ausgleiches in Emden gekommen sei.

Frau Kowalewski und **Frau Preisner** stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation die Methode der Mediation dar und erläutern aufgrund eines Fallbeispiels die Arbeitsweise. Abschließend wird die finanzielle Seite des Mediationsbüros dargelegt.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.

Herr Groeneveld fragt an, wie die Finanzierung bei den Täter-Opfer-Ausgleich-Stellen geregelt sei.

Herr Hecht antwortet, das Land habe in diesem Jahr überall entsprechend gekürzt. Die Kürzung in Emden sei jedoch größer ausgefallen, da nicht nur die Verwaltungskosten angegeben worden seien, sondern eine Aufteilung nach Verwaltungskraft, Buchhaltung, Organisation und Leiter des Mediationsbüros erfolgte. Das Land habe vorweg die übrigen Organisationskosten gestrichen und nur noch die Kosten für die Verwaltungskraft gelassen. Danach sei nochmals prozentual gekürzt worden. Aus diesem Grunde sei die Kürzung höher ausgefallen als bei den übrigen Einrichtungen.

Außerdem arbeite der Täter-Opfer-Ausgleich in Emden sehr eng mit der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und der Polizei zusammen. Dadurch sei Vertrauen gewachsen und es entwickle sich eine stärkere Nachfrage als bei den anderen Bereichen.

Herr Dr. Beisser stellt fest, sicherlich werde ein Ausgleich der Unterdeckung durch die Kommune angestrebt. Er fragt an, ob die Mitarbeiter des Mediationsbüros auch schon bei den anderen Kommunen einen ähnlichen Vortrag gehalten hätten. Er weist darauf hin, dass die Finanzlage der Stadt Emden sich relativ prekär darstelle, so dass Konsolidierungsgespräche geführt würden. Seiner Meinung nach habe das Land die Einsparung, weil dadurch die Justiz weniger beschäftigt sei. Somit könne nicht ad hoc eine Lösung gefunden werden.

Herr Renken erklärt, bereits im Jahre 2003 habe die Arbeit des Täter-Opfer-Ausgleiches zur Debatte gestanden. Er sei von dem Vortrag sehr beeindruckt gewesen und es sei deutlich geworden, dass hier ein Instrument entwickelt worden sei, von dem alle großen Nutzen hätten. Vor allen Dingen habe aber das Land den größten Nutzen daran, beteilige sich jedoch an den Kosten bedauerlicherweise nur mit einem Bruchteil.

Er schlägt vor, da alle drei beteiligten Kommunen finanzielle Schwierigkeiten hätten, zu überlegen, welche Prioritäten man setze. Zum anderen stellt er die Frage, ob dieses Thema im richtigen Fachbereich angesiedelt sei, da es sich überwiegend um erwachsene Straftäter handele. Seiner Meinung nach müssten auch Überlegungen über die Anzahl der Fälle geführt werden. Es könne nicht sein, dass Emden ein Drittel der Kosten trage, obwohl vielleicht nur ein Viertel der Fälle hier anfalle. Da sich seiner Ansicht nach die Aufrechterhaltung dieser Einrichtung lohne, müssten Gespräche mit den Gebietskörperschaften, die auch in eine Zielvereinbarung hineinlaufen könnten, geführt werden.

Herr Sprengelmeyer erklärt, der Jugendhilfeausschuss sei für dieses Produkt zuständig, da auch hier die kommunale Prävention angesiedelt sei. Dieses Produkt berühre alle Bevölkerungsgruppen und sei in diesem Fachbereich inhaltlich sehr gut angebunden.

Er führt weiter aus, die Kommunen hätten sich darauf verständigt, dass hier zunächst einmal das Land gefordert sei, da es die größten Einspareffekte erziele. Für Emden sei es besonders schwierig, da viele Landesprojekte vom Land angeschoben worden seien, aus dem sich da Land dann wieder zurückziehe und die Stadt mit den Kosten hängen lasse. In einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schulausschuss werde man sich nach den Sommerferien damit beschäftigen. Die Kommunen würden sich im Moment nicht in der Verantwortung sehen, da sie es auch finanziell nicht leisten könnten.

Frau Meinen stellt die Frage, wie viele Stellen sich hinter den Personalkosten verbergen würden und ob die Sachkosten evtl. durch eine Kooperation verringert werden könnte.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Herr Hecht entgegnet, im Vergleich zu den anderen Täter-Opfer-Ausgleich-Einrichtungen habe man in Emden bereits ein Sparmodell entwickelt. Zum einen gäbe es nur ein zentrales Büro und die Unterbringung erfolge in den Räumlichkeiten der Volkshochschule, für die keine Mieten gezahlt würden. Außerdem arbeite man zum Teil mit nebenberuflichen Konfliktschlichtern, die nicht so hohe Kosten wie Hauptamtliche verursachten.

Sach- und Personalkosten seien schon so knapp wie möglich gehalten. Es gäbe jedoch entsprechende Standards, die für diese Einrichtungen vorgehalten werden sollten. Um den Arbeitsanteil zu bewältigen, habe man ab dem 01.07.05 zwei volle Konfliktschlichterstellen im Einsatz. In diesem Bereich sei das Einsparungspotential weitgehend ausgereizt.

Auch sei es nicht möglich, dass die Klienten – hier insbesondere die Täter – zur Finanzierung beitragen würden, da sie oft über so wenig Mittel verfügten, dass sie selber die Wiedergutmachung nicht leisten könnten. Der Verwaltungsaufwand sei in diesem Falle oft höher als das Ergebnis.

Frau Preisner ergänzt, dadurch würden Personen, die das Geld nicht aufbringen könnten, leicht unter den Tisch fallen. Sie weist darauf hin, dass Frau Kowalewski und sie im Vergleich zu den Kollegen in den anderen Täter-Opfer-Ausgleich-Stellen verhältnismäßig wenig verdienten. Außerdem stellten sie ihren privaten PKW zur Verfügung. Durch einen sehr hohen persönlichen Einsatz seien sie auch selber darum bemüht, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Sie führt weiter aus, auch hätten sie in Gesprächen mit den entsprechenden Stellen beim Land versucht, aufgrund der hohen Fallzahlen eine Berücksichtigung zu finden.

Herr Hecht erklärt, bisher habe man noch keine klaren Signale vom Land bekommen. Aber das Land habe darum gebeten, die Fallentwicklung vierteljährlich zu melden, da darüber nachgedacht werde, die Mittel im nächsten Jahr anders zu verteilen. Die Entscheidung darüber sei jedoch noch nicht gefallen.

Herr Sprengelmeyer hält es für wichtig, wenn die Abgeordneten der drei Kommunen im Landtag darauf hinwirken könnten.

Herr Ouedraogo begrüßt es, dass diese Einrichtung immer mehr in Anspruch genommen werde und erkundigt sich nach der Rückfallshäufigkeit der Täter.

Frau Kowalewski antwortet, Untersuchungen im Bereich der Wirkungsforschung hätten ergeben, dass die Rückfallshäufigkeit der Täter, die im Täter-Opfer-Ausgleich betreut worden seien, nicht höher sei, als bei den Tätern, die ein juristisches Verfahren durchlaufen hätten.

Frau Grix bedankt sich für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 Vorlage 14/1785-00
Beratungsstelle bei Gewalt an Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen

Frau E. Meyer übernimmt den Vorsitz.

Frau Schneider stellt sich zunächst vor und erläutert anhand eines Folienvortrages ihre Tätigkeit in der Beratungsstelle bei Gewalt an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Die Folien sind dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Frau Grix übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Grix führt aus, sowohl die Arbeitszeit von Frau Schneider als auch die Räumlichkeiten, in der sie arbeite, seien sehr begrenzt. Im Rahmen einer Umstrukturierung bei der AWO würden zwar Räume frei werden, die dann allerdings auch wieder Kosten verursachen.

Er erklärt weiter, dass die Kosten für die Tätigkeit von Frau Schneider etwa 32.000 € umfassten. Die Stelle würde von der Stadt Emden und vom Land Niedersachsen bezuschusst. Der Eigenanteil, den die Arbeiterwohlfahrt einbringen müsse, betrage abzüglich der Spenden noch ca. 3.000 €. Seiner Meinung nach müsse auch für diese Tätigkeit eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Er stellt abschließend fest, dass Frau Schneider eine hervorragende Arbeit leiste.

Herr Renken fragt an, mit welcher Summe das Land Niedersachsen diese Einrichtung bezuschusse.

Frau Schneider entgegnet, vom Land erhalte die Beratungsstelle 14.647 € und von der Stadt Emden kämen 15.393 € als fester Zuschuss.

Frau E. Meyer erkundigt sich, wie dieses in Zukunft aussehe.

Frau Schneider antwortet, im letzten Jahr sei es bereits so gewesen, dass das Land versucht habe, dieses auf die Kommunen abzuwälzen. Da erst Ende Dezember die Zustimmung und im Juni der Bewilligungsbescheid vom Land käme, dass die Gelder weiter gezahlt würden, trete die AWO immer ein halbes Jahr in Vorleistung.

Herr Grix ergänzt, die AWO gehe jedes Mal ein Risiko ein, die Weiterbeschäftigung fortzuführen. Im schlimmsten Fall würde dieses bedeuten, dass das Gehalt von Frau Schneider für sieben Monate auf Kosten der AWO gezahlt werden müsse. Er hält es auch nicht für richtig, ihren Arbeitsvertrag jedes Jahr erneut zu verlängern, da es sich hierbei mittlerweile um eine feste Arbeitsstelle handele. Auch sei er der Ansicht, dass es sich bei der Beratungsstelle um keine freiwillige Leistung handele, sondern um eine absolut notwendige und aus dem Gesetz ableitbare Pflichtaufgabe.

Frau Meinen bestätigt die Aussage von Herrn Grix. Der Kinderschutzbund arbeite sehr gut mit dieser Beratungsstelle zusammen. Da vor einigen Jahren die Kinder- und Jugendpsychiatrie geschlossen worden sei, seien die Beratungsstelle und Pro Familia die einzigen Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche in psychiatrischer Not. Auch die Stadt Emden sollte darum kämpfen, dass diese Beratungsstelle als feste Einrichtung erhalten bleibe.

Frau Grix bedankt sich für den Vorträge.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 10 Vorlage 14/1786-00
Spielplatzsanierung 2005

Herr Kühl trägt vor, dieses Sachgebiet sei bereits ausführlich in der Jugendhilfeausschusssitzung vorgestellt worden. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung in dieser Vorlage nur die finanzielle Situation dargestellt. Leider seien einige Dinge im

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

Vorfeld noch nicht absehbar gewesen, so dass über einzelne Plätze noch nicht beschlossen worden seien.

Da in diesem Jahr noch einiges abzuarbeiten sei, würden keine neuen Maßnahmen vorgeschlagen. So sei die Umgestaltung des Stephansplatzes ein größeres Projekt, was planerisch etwas umfangreicher angegangen werden müsste. Auch sei der Platz in der Max-Born-Straße in Larrelt wieder zurückgeworfen worden, da die dort aufgestellten Geräte mittlerweile fast wieder kaputt seien. Nun sei man dabei, eine Planung vorzunehmen, die dauerhaften und nachhaltiger Bestand haben werde.

Herr Berends ergänzt, viele Bürger würden tatkräftig mithelfen, dieses große Sachgebiet zu bewältigen.

Herr Grix erklärt, er habe festgestellt, dass sich bei den Spielplätzen, die ständig kontrolliert und in Stand gebracht würden, die angefangenen Zerstörungen nicht fortgesetzt.

Frau E. Meyer fragt an, ob die in der Liste unter Sonstiges aufgeführten Mülleimer, Fahrzeuge, Topfspiel usw. aus dem Verwaltungshaushalt genommen werden könnten.

Herr Kühl entgegnet, es handele sich dabei um einmalige Anschaffungen, wie z. B. das Kataster- und Computerprogramm, die mit relativ hohen Summen zu Buche schlagen würden. Außerdem müssten auch schon größere Mengen Palisaden und Sitzbänke aus dem Investitionsbereich angeschafft werden, da die vorhandenen 15.000 € im Wartungsbereich nicht ausreichten.

Frau Meinen erkundigt sich, ob der Schulhof der Herrentorschule immer noch mittags und ab 19.00 Uhr geschlossen sei.

Herr Berends erklärt, Nachbarn hätten sich bei der Schulleitung beschwert. Auch müsse der Schulhof der Realschule Herrentor einschließlich der Grundschule saniert werden.

Herr Kühl ergänzt, die Spielplätze seien grundsätzlich bis 19.00 Uhr geöffnet.

Frau Meinen schlägt vor, in der Frankenstraße im Gebiet Constantia auf der ungenutzten Grasfläche evtl. einen Basketballkorb aufzustellen, um den Jugendlichen eine Aufenthaltsstelle zu schaffen und sie von den Kinderspielplätzen fernzuhalten.

Frau Grix fragt an, warum in der Gesamtaufstellung für die Neugestaltung GS Larrelt/JZ Larrelt 10.000 € aufgeführt seien. Andererseits sei die Neueinrichtung der Schule Larrelt fertig.

Herr Kühl antwortet, er werde diesen Hinweis bezüglich der Frankenstraße prüfen lassen. In Constantia sei vor einiger Zeit eine Bolzfläche für Jugendliche eingerichtet worden, die jedoch nicht entsprechend genutzt werde.

Bezüglich der Frage von Frau Grix erklärt er, dass es sich hierbei um eine Brachfläche zwischen Schulhof und Jugendzentrum handele. Dort sei vor Jahren eine Scheune abgerissen worden. Nun habe die Schulleitung und die Leitung des Jugendzentrums beschlossen, daraus eine Spielfläche zu machen, die von beiden Seiten genutzt werden könne. Der Schulhof der Schule Larrelt sei tatsächlich fertiggestellt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2005

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 11 Vorlage 14/1791-00
Herabsetzung der Beitrags-Einkommensgrenze für den Besuch von Kindertagesstätten; Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 21.06.2005

Herr Renken erklärt, da das Gesetz bereits am 22.06.2005 vom Nds. Landtag beschlossen worden sei, sei der Antrag somit gegenstandslos geworden. Inhaltlich habe er jedoch weiterhin bestand. Er ist der Ansicht, dass dieses Beschluss des Landtages allen Sonntagsreden über Familien widerspreche.

Zum anderen moniert er, dass die Sprachförderung der ausländischen Kinder in den Kindergärten zur Disposition stehen solle. Dieses sei ein bedenkliches Beispiel dafür, wie auf der einen Seite die Familienfreundlichkeit hochgehalten werde, andererseits an den positiven Ansätzen genagt werde.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass in dieser Angelegenheit auch eine Anfrage der FDP-Fraktion eingegangen sei.

Herr Dr. Beisser bittet darum, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit diese Anfrage über das Protokoll zu beantworten.

*Anmerkung der Protokollführung:
Die Anfrage der FDP wird auf dem Dienstwege beantwortet.*

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

Punkt : 12 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt : 13 Anfragen

Herr Grix kritisiert, im letzten Jugendhilfeausschuss habe man über die Preiserhöhung des Ferienpasses diskutiert und der Verwaltung empfohlen, die Gebühren für die Veranstaltungen so zu gestalten, dass die 3.000 € Mehreinnahmen erzielt würden. Bei einem Vergleich der Gebühren habe er nunmehr feststellen müssen, dass einige Maßnahmen nicht erhöht worden seien, andere dagegen um 20 % bzw. 50 %. In dem Ausschuss habe man sich darauf verständigt, einen Aufschlag in Höhe von 0,50 € vorzunehmen. Er bitte um eine Erklärung, warum diese Unterschiede gemacht worden seien.

Herr Kühl antwortet, nach der Ferienpassaktion werde die Verwaltung eine Art Kostenrechnung vorlegen mit der Begründung, wie welche Veranstaltung berechnet worden sei. Grundsätzlich seien Veranstaltungen, die bisher nur 1 oder 2 € gekostet haben, nicht um 0,50 € erhöht worden. Bei den Fahrten und Lagern sei anders kalkuliert worden. Ein Vergleich zum Vorjahr sei schwierig, da auch noch andere Faktoren eine Rolle spielten.

Frau Grix schließt die Sitzung.